

**Frankfurter  
Montags-  
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen  
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Demokratisierung oder Diktaturerneuerung  
als Ergebnis des arabischen Aufbruchs**

Egbert Jahn

14. Mai 2012

Adresse des Autors: Prof. Dr. Egbert Jahn  
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Robert-Mayer-Str. 5  
D-60054 Frankfurt  
Tel.: +49-69-798 22667 (Sekretariat)  
Fax: +49-69-798 28460  
E-mail-Adresse: [e.jahn@soz.uni-frankfurt.de](mailto:e.jahn@soz.uni-frankfurt.de)  
[http://www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de/institut\\_2/ejahn/](http://www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de/institut_2/ejahn/)

## **Zusammenfassung**

Die weithin als „arabischer Frühling“, „arabisches Erwachen“ oder „Arabellion“ begrüßten gewaltlosen Massenbewegungen, die in einigen Ländern den Sturz von jahrzehntelang herrschenden Militärdiktatoren herbeiführten und in anderen Reformanstöße gaben, ließen manche Beobachter zunächst von einer fünften Welle der Demokratisierung im arabischen Raum nach den beiden in Osteuropa und Lateinamerika sprechen. Gleichzeitig wurde jedoch auch die Besorgnis geäußert, daß nunmehr islamistische Bewegungen die Macht ergreifen könnten, die den liberalen und demokratischen Ansätzen rasch wieder ein Ende bereiten würden. Skeptiker meinten gar, daß lediglich der Austausch alt gewordener Autokraten gegen neue, jüngere ansteht und sich die traditionellen Militär- und Elitestrukturen kaum verändern werden.

Die 22 arabischen Länder sind gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch weitaus heterogener als es das kommunistische Osteuropa war. Die Arabische Liga ist viel unverbindlicher in ihrer Kooperation und ohne eindeutig dominanten Staat wie seinerzeit das kommunistische Bündnissystem. So werden auch die Ergebnisse des im Mai 2012 noch keineswegs beendeten Auf- und Umbruchs in den einzelnen Ländern vermutlich außerordentlich verschieden sein, obwohl sie bedeutsame historisch bedingte Gemeinsamkeiten haben, sprachlich-kulturelle, religiöse unter arabischer wie auch unter osmanischer und europäischer Fremdherrschaft. Der Panarabismus wie auch regional-tribaler Separatismus spielen in bemerkenswerter Weise kaum eine Rolle in der Gegenwart.

Die politischen Systeme der acht Monarchien erweisen sich bislang als weitaus stabiler als die der 14 Republiken. Die Renaissance politischer islamischer Bewegungen und Parteien ist höchst ambivalent. Neben eindeutig antiliberalen und antidemokratischen Kräften scheint es starke gemäßigte Parteien zu geben, die willens sind, Kompromisse mit den gesellschaftlich immer noch herrschenden Militäreli ten einzugehen. Gegenwärtig ist noch unklar, ob die elektorale Demokratisierung in einigen Ländern zu einem dauerhaften kompetitiven Mehrparteiensystem und einer liberalen Meinungs- und Medienvielfalt führen oder nur ein Durchgangsstadium zu neuen, islamistischen Autokratien sein wird. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich die gemäßigten islamistischen Parteien im Laufe der kommenden Jahrzehnte zu konservativ-demokratischen Parteien wandeln. Allerdings hat es der Islam als ursprüngliche Herrschaftsreligion schwieriger als das Christentum, seinen Ort im globalen Modernisierungs- und Säkularisierungsprozeß neu zu bestimmen. Islamische Bewegungen, die teilweise wichtige sozialstaatliche Funktionen übernommen haben, dürften für lange Zeit ein stärkeres politisches Gewicht haben als säkulare, areligiöse liberale und linke Parteien.

## 1 Viel Blutvergießen, geringer Systemwandel?

Der umfassende gesellschaftspolitische Umbruch im autokratischen kommunistischen Osteuropa und Mittelasien in den Jahren 1987-1993 dauerte noch in vielen Ländern jahrelang fort und erlebte in den „farbigen oder Blumen-Revolutionen“ Serbiens, der Ukraine, Georgiens und Kirgisistans in den Jahren 2000 bis 2005 einen zweiten Demokratisierungsschub. Dies inspirierte einen in mancher Hinsicht ähnlichen, aber durch nationale und regionale Ursachen ausgelösten Aufbruch im autokratischen arabischen Nordafrika und Vorderasien seit dem Dezember 2010. Er wird, wie in Osteuropa, von vorwiegend gewaltlosen, teils aber auch gewaltsamen Massendemonstrationen und -aktionen sowie vereinzelt auch von Bürgerkriegen vorangetrieben oder auch zurückgeworfen. Der Sturz der kommunistischen Parteiherrschaft und die Etablierung einer neuen Staats- und Staatenordnung hat in Osteuropa wohl etwa 200.000 Menschen das Leben gekostet. In den arabischen Ländern sind in den vergangenen 16 Monaten, also bis Mai 2012, bereits mehrere zehntausend Menschen umgekommen. Weitere Zehntausende werden wohl noch in den kommenden Monaten und vielleicht Jahren des Umbruchs folgen.

Wie aus dem osteuropäischen und mittelasiatischen Umbruch keineswegs überall demokratische Regime hervorgingen, wie anfangs manche Wunschvorstellungen in Politik und Wissenschaft, hier vor allem in den Transitionstheorien, glauben machen wollten, so ist es auch noch nicht ausgemacht, daß die „Arabellion“ oder der „arabische Frühling“, wie man die Ereignisse im Westen im Anklang an den Prager Frühling 1968 gern nennt, zu einer substantiellen Demokratisierung zumindest einiger arabischer Länder führen wird oder lediglich dazu, daß sich die überkommenen Autokratien nur verändern, erneuern oder gar von neuartigen Autokratien abgelöst werden. In den arabischen Ländern spricht man lieber von einem nationalen „Wiedererwachen“ (*an-nahda*) und erinnert sich auch an das Buch des in Ägypten aufgewachsenen Libanesen George Habib Antonius (1891-1941) aus dem Jahre 1938 mit dem Titel „Das arabische Erwachen. Die Geschichte der arabischen nationalen Bewegung“.<sup>1</sup> *An-nahda* wird auch mit Renaissance, also Wiedergeburt übersetzt. Dasselbe Sprachbild der nationalpolitischen Bewegungen seit dem 19. Jahrhundert wurde übrigens auch in Osteuropa von Bewegungen und Parteien der nationalen, manchmal auch der demokratischen „Wiedergeburt“ benutzt. Manche Beobachter, vor allem im Iran, wollen in den Ereignissen auch ein islamisches bzw. islamistisches Erwachen erblicken.

Zweifellos erhielten die gewaltlosen arabischen Massendemonstrationen manche Anregungen aus dem osteuropäischen Umbruch. Der Ausdruck Jasmin-Revolution in Tunesien knüpft

bildlich unmittelbar an die Tradition der Nelken- (Portugal 1974), Rosen- (Georgien 2003), Tulpen-Revolutionen (Kirgisistan 2005) an. Er wurde allerdings schon für den Militärputsch Zine el-Abidini Ben Alis gegen Habib Bourgiba im Jahre 1987 benutzt.<sup>2</sup> In Ägypten ging es 2011 über einen bloß symbolischen Bezug auf die osteuropäischen Freiheitsbewegungen hinaus. Einige prominente Mitglieder der ehemaligen serbischen studentischen Widerstandsbewegung *Otpor* (Widerstand) betätigten sich hier direkt als Berater.

Die arabischen Rebellionen haben bisher nur einen Teil des aus 22 Ländern (21 Staaten plus die Palästinensischen Gebiete) bestehenden Raums der Arabischen Liga erfaßt. Dieser Raum umfaßt 13,2 Mill. qkm mit 343 Mill. (2009) Einwohnern,<sup>3</sup> darunter rund 280 Mill. Arabern.<sup>4</sup> Er ist also flächenmäßig größer als der Chinas oder der USA und ist von mehr Menschen besiedelt als ganz Nordamerika. Das kommunistische Osteuropa (einschließlich Mittelasien) umfaßte 23,4 Mill. qkm mit seinerzeit 414 Mill. (1998) Einwohnern.<sup>5</sup> In diesem Raum existieren heute 23 Staaten (ohne Kosovo). In beiden Fällen, Osteuropa und Nahost/Nordafrika, geht es also um einen großräumigen Umbruch, der jeweils über zwanzig Nationen erfaßt. Die arabische Rebellion ging von Tunesien aus und hat dann nacheinander massiv Ägypten, Jemen, Bahrain, Libyen und Syrien, im geringeren Ausmaße auch Jordanien, Marokko, Algerien, Mauretanien, Oman erfaßt – in den zehn erwähnten Ländern leben zwei Drittel der arabischen Bevölkerung (224 Mill.) – und wirkt sich unterschwellig nicht nur in allen übrigen arabischen Ländern, sondern auch beispielsweise in Zentralasien,<sup>6</sup> China, Rußland, Iran und Israel aus.

Allerdings sind die Gemeinsamkeiten zwischen dem osteuropäischen und dem arabischen Umbruch nur sehr beschränkt. In allen Fällen handelt es sich um Massenbewegungen und überwiegend friedliche Massendemonstrationen, aus denen jedoch in einigen Fällen (im ehemaligen Jugoslawien, im Kaukasus, in Transnistrien, in Libyen, im Jemen und in Syrien) auch Bürgerkriege hervorgingen. Die neuen Medien, Mobiltelefon, Hörfunk, Fernsehen (in Osteuropa seinerzeit vor allem *CNN* und *BBC*, in den arabischen Ländern *al-Dschasira* in Katar und *al-Arabiya* in Dubai) und neuerdings das Internet mit seinen sozialen Netzwerken wie *Facebook* und *Twitter* waren ausschlaggebend für die rasche grenzüberschreitende aufständische Impulsübermittlung und Solidarisierung über lokale, regionale und staatliche Grenzen hinweg, so daß wieder einmal ein Domino-Effekt beobachtet wurde. Die grenzüberschreitende Wirkung von gesellschaftspolitischen Bewegungen ist allerdings historisch nichts Neues, denkt man an die Auswirkungen der Französischen Revolutionen von 1789 und noch deutlicher von 1848 oder an den massenhaften Sturz von Monarchien in den Jahren 1917/18 oder auch viel frühere religionspolitische Bewegungen. Die neuen Medien haben die grenzüber-

schreitenden Mitteilungen lediglich beschleunigt, vor allem in Regimen mit geringer technologischer Fachexpertise zur Kontrolle des Internet, sie haben sie nicht bewirkt,<sup>7</sup> so daß es unangebracht ist, von Facebook-Revolutionen oder Online-Revolutionen zu sprechen.

Gemeinsamer Ausgangspunkt aller osteuropäischen und arabischen Bewegungen ist der Protest gegen autokratische Herrschaft und die mit ihr oftmals verbundene exzessive Korruption in den Eliten wie in der gesamten Gesellschaft, gewaltsame Willkürakte der Polizei und der Justiz, große soziale Ungleichheit, mangelnde politische Partizipationsmöglichkeiten, hohe Arbeitslosigkeit und Unterbindung der Meinungsfreiheit. Die drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise im Januar 2011 in Folge von Spekulation auf dem Weltmarkt war offenbar ein wichtiger Auslöser der Massenproteste.<sup>8</sup> Das Verlangen nach Freiheit und der Anerkennung der Menschenwürde bestimmte ihre ganz unterschiedlichen politischen Forderungen.

Neben den wenigen grundlegenden Gemeinsamkeiten fallen auch wesentliche Unterschiede zwischen den osteuropäischen und arabischen Ereignissen ins Auge. In Osteuropa ging es um eine fundamentale Änderung nicht nur des politischen, sondern auch des ökonomischen, gesellschaftlichen und des zwischenstaatlichen Systems, in Nahost/Nordafrika geht es um politische und sozioökonomische Veränderungen innerhalb des bestehenden marktwirtschaftlichen Gesellschafts- und Staatensystems. Osteuropa war größtenteils in einem starren Bündnissystem mit einem weitgehend einheitlichen politischen System unter einer überragenden Hegemonialmacht vereinigt, die Arabische Liga ist lediglich ein lockeres Staatenbündnis, basierend auf einer gemeinsamen Sprache und der kulturellen Erinnerung an das gesamtarabische, islamische Reich (632-909)<sup>9</sup>, das durch eine bunte Palette autokratischer Regime charakterisiert wird und nur selten zu einheitlicher Aktion fähig ist. Während der sozioökonomische und politische Umbruch in Osteuropa eng mit einer Umwälzung des Staatensystems verbunden war, stellte die Arabellion bislang die bestehenden Grenzen zwischen den Staaten nicht in Frage. Es kam bemerkenswerter Weise weder zu einem nennenswerten Separatismus (außer in Ansätzen im ehemals staatlich geteilten Jemen) noch zu einer einflußreichen panarabischen Einigungsbewegung, wie noch nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Es blieb lediglich bei einer bescheidenen transnationalen arabischen Solidarisierung in Bekundungen und Unterstützungsaktionen. Das auf die bestehenden Staaten fixierte Nationalbewußtsein erwies sich bislang als stark genug, um regionale, tribale (insbesondere in Libyen und Jemen) und religiös-konfessionelle Differenzen (in Ägypten, Bahrain, Libanon, wohl auch Irak und Syrien) zu überbrücken. War die Hoffnung auf Demokratisierung des arabischen Raums Anfang 2011 im Westen noch ziemlich stark, so daß sie zur Legitimierung der Luftkriegsunterstüt-

zung der Rebellen in Libyen durch die NATO und einige arabische Staaten dienen konnte, so ist diese Hoffnung mittlerweile einer großen Ernüchterung gewichen. Was also spricht für eine Demokratisierung in arabischen Ländern in den nächsten Jahren, was gegen sie?

## **2 Begrenzter Dominoeffekt, aber beträchtlich unterschiedliche Demokratisierungschancen für die einzelnen arabischen Nationen**

An die Rebellion in den arabischen Ländern werden höchst kontroverse Erwartungen geknüpft, sowohl innerhalb der einzelnen Länder selbst als auch in der internationalen Politik. Die einen verbinden mit ihr die Hoffnung auf Liberalisierung, auf wie auch immer zunächst noch recht unvollkommene Demokratisierung, auf soziale und ökonomische Modernisierung, die anderen befürchten eine Erneuerung der Autokratien, sei es in bloß oberflächlicher Form durch einen Austausch nach Jahrzehnten der Herrschaft diskreditierter und gealterter Führungsfiguren, sei es durch eine revolutionäre Ablösung der säkularen Autokratien durch islamistische theokratische Diktaturen. Zu denken ist an die Ablösung der traditionellen monarchischen Autokratie des Schah im Jahre 1979, als wochenlange, überwiegend friedliche Massendemonstrationen weithin demokratische Hoffnungen geweckt hatten, aber in einer theokratischen Diktatur mündeten, die sich nun schon über Jahrzehnte hin zu behaupten vermag. Die Aufmerksamkeit in Israel, im Westen wie auch in Rußland, China und anderen Ländern richtet sich vor allem auf die potentiellen Folgen eines arabischen Umbruchs für die Außen-, Außenwirtschafts- und Energiepolitik der arabischen Länder und für das internationale Machtgefüge im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika. Beachtung findet auch der Kurswechsel der Arabischen Liga und ihrer Führungsmächte. Obwohl in den Mitgliedsstaaten die hergebrachten Regime überwiegen, hat die Arabische Liga in zwei Fällen gegen das bestehende Regime politisch (Libyen und Syrien) und in einem Fall sogar militärisch (Libyen) Partei ergriffen, in einem anderen Fall (Bahrain) jedoch gegen die Rebellen. Auch dies weist auf die enorme Heterogenität des Umbruchs in den arabischen Ländern hin.

Je nach den eigenen politischen Präferenzen der auswärtigen Regierungen und Parteien sowie der sonstigen politischen Akteure (Medien, Verbände, Nichtregierungsorganisationen) und der Einschätzung der Lage in dem jeweiligen arabischen Land wird in der einen oder anderen Weise für oder gegen die Rebellen bzw. einzelne politische Kräfte unter ihnen Partei ergriffen. Daraus ergibt sich ein äußerst vielfältiges Bild der Faktoren, die im arabischen Umbruch wirksam werden und von außen auf ihn einwirken. Nur mit aller Vorsicht läßt sich die folgende Übersicht über die Grundzüge des arabischen Umbruchs zeichnen. Grob gegliedert

lassen sich folgende Positionen zu den Vorgängen in den arabischen Ländern erkennen. Die erste meint, große Chancen für eine Demokratisierung mehrerer arabischer Länder durch säkulare, nationalbewußte Freiheitsbewegungen vor allem junger, städtischer, gebildeter, männlicher wie weiblicher Araber zu sehen, die in der Lage sein sollten, die gewaltigen sozioökonomischen Herausforderungen durch den demographischen Wandel, die sogenannte Jugendblase mit 60-75 Prozent jungen Menschen unter 35 Jahren erfolgreich anzugehen.

Eine zweite Position geht davon aus, daß die Massenproteste nur geringe Veränderungen in den gesellschaftspolitischen Machtstrukturen haben, sei es, daß sie erfolgreich unterdrückt werden wie in Bahrain und möglicherweise in Syrien, sei es, daß nur wenige oberflächliche Änderungen wie der Austausch der diskreditierten Führungsfigur vorgenommen wird, aber die alten Eliten an der Macht bleiben werden, wie wohl im Jemen und in Ägypten.

Eine dritte Position rechnet durchaus mit der Möglichkeit substantieller gesellschaftspolitischer Änderungen, nämlich der Entmachtung säkularer autokratischer Eliten wie in Tunesien, Ägypten und Libyen sowie vielleicht auch Syrien und der Etablierung islamistischer Regime, die zwar zumindest anfangs eine größere gesellschaftliche Machtbasis haben werden als die bisherigen Eliten, dann aber zu theokratischen Diktaturen erstarren und die gesellschaftliche Situation religiöser und ethnischer Minderheiten sowie der Frauen wesentlich verschlechtern werden, obwohl sie einen erheblichen Anteil an der Protestbewegung hatten,<sup>10</sup> im Vergleich zu den bisherigen säkularen Militär- und Parteidiktaturen. Vor allem in Israel ist die Sorge groß, die arabischen Ereignisse könnten negative Folgen für die Sicherheit des Landes haben.

Eine vierte Position zeichnet sich unter den Nahost-Experten ab, die eine gesellschaftliche Hegemonie islamistischer, gemäßigter Reformparteien in scharfer Konkurrenz zu radikal-militanten islamistischen Gruppierungen erwarten, die bereit sind, Kompromisse mit den alten Militäreliten und mit säkularen, städtischen Minderheiten einzugehen. Ob diese Reformparteien jedoch die dauerhafte Etablierung von Mehrparteiensystemen und medialer Vielfalt dulden werden oder sich zu autoritären Regimen mit begrenzter Reformfähigkeit entwickeln, muß nach dieser Ansicht jedoch eine offene Frage bleiben. Sie betonen, daß die islamistischen Organisationen dadurch an Popularität gewonnen haben, daß sie in der Verfallsperiode der säkularen Autokratien sozialstaatliche und sogar auch justizielle Funktionen übernommen hatten, die die unfähigen und korrupten säkularen Staatsinstitutionen nicht erfüllen konnten.

Da sich die arabischen Länder ganz wesentlich in ihrer wirtschaftlichen Situation, in ihren politisch-kulturellen Traditionen und in ihren politischen Machtstrukturen unterscheiden, ist

es durchaus denkbar, daß sich jede der genannten Positionen sich in manchen Ländern annähernd verwirklichen wird, in den anderen jedoch völlig die Wirklichkeit verfehlen. Es gibt keine einheitliche arabische Welt, kein Arabien als eine politisch-kulturelle und gesellschaftliche Einheit, sondern nur außerordentlich verschiedene arabische Länder und Nationen.<sup>11</sup>

### **3 Nationale Emanzipation mit unterschiedlichen Regimen**

Die Araber befanden sich nur kurze Zeit unter einer gemeinsamen Herrschaft und mußten außerdem jahrhundertlang eine Fremdherrschaft ertragen, ehe die meisten erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen eigenen, territorial beschränkten unabhängigen Staat errangen, mit dem sie sich allmählich als unterschiedliche arabische Nationen zu identifizieren begannen, indem sie von der Idee eines gemeinsamen arabischen Staats Abstand nahmen.<sup>12</sup>

Zentraler Impuls für die Einigung arabischer Stämme unter einer Herrschaft war die Übernahme der islamischen Religion teils durch Missionierung, aber überwiegend durch militärische Eroberung. Die Kalifen-Dynastie der Umayyaden (661-750), die die Hauptstadt von Medina nach Damaskus verlegte, dehnte das Reich im Westen bis nach Marokko, Spanien und kurze Zeit auch Südfrankreich sowie im Osten bis nach Zentralasien und zum Indus aus. Dies ermöglichte nicht nur die Islamisierung, sondern auch die Arabisierung Nordafrikas durch die Zuwanderung von Arabern und die sprachliche Assimilation der alteingesessenen Völker (Ägypter, Berber u.a.). Demgegenüber assimilierten sich die Völker im Osten sprachlich nicht völlig, obwohl sie mit dem in arabischer Sprache offenbarten Koran das Arabische als Kult-, teilweise auch als Wissenschafts- und Literatursprache übernahmen. Auf die Dauer erstreckte sich die religiöse Islamisierung viel weiter als die sprachliche Arabisierung, was später die Herrschaft von Nichtmoslems über die Araber erleichterte. Eine vom Nordiran ausgehende Rebellion von Nachkommen eines Onkels des Propheten Mohammed stürzte mit Unterstützung persischer Moslems die Umayyaden-Dynastie. Sie begründeten in Bagdad die Abbassidendynastie (750-1258), unter deren Herrschaft die regionale und auch religiöse Aufspaltung des Arabischen Reiches begann und auch die faktische Macht in Bagdad an iranische und türkische Herrscher überging, lange bevor die Mongolen den Iran und den Irak eroberten. Die neue islamische Religion des sunnitischen Islams war von Anfang an eine Herrschaftsreligion, mußte sich also nicht anfangs in einer gesellschaftlichen Minderheitenposition behaupten. Der originäre Islam will also nicht nur das Verhältnis des einzelnen, in der Regel in einer Glaubensgemeinschaft assoziierten Menschen zu Gott regeln, sondern trachtet auch das politi-



sche und gesellschaftliche Leben zu organisieren. und zwar ebenfalls das der Andersgläubigen (Christen, Juden und anderen Monotheisten). So konnte Ernest Gellner schreiben: „Islam ist der Entwurf einer Gesellschaftsordnung“. <sup>13</sup> Doch bereits nach dem Tod des 4. Kalifen Ali, eines Vetters Mohammeds, der mit seiner Tochter Fatima verheiratet war, entstand eine Glaubensrichtung, die *Schia* (Anhängerschaft Alis), die nur die leiblichen Nachfahren Mohammeds als legitime Nachfolger des Propheten und Herrschers (*Imame*) anerkannte, nicht die seiner engsten Gefährten und Stammesgenossen. Die Schiiten blieben über lange Zeit in der gesellschaftlichen Opposition, teils geduldet, teils unterdrückt und spalteten sich selbst in zahlreiche Glaubensrichtungen mit unterschiedlichen religiösen und rechtlichen Auffassungen. In Tunesien (Kairuan) entstand 909 erstmals ein schiitisches Gegenkalifat der Fatimiden, dessen Sitz 969 nach Kairo verlegt wurde und bis 1177 existierte, ohne die sunnitische Bevölkerung zur Konversion zu bringen. In Spanien (Cordoba) bildete sich 929-1031 sogar ein weiteres sunnitisches, umayyadisches Kalifat. Nur im Iran konnten sich schiitische Dynastien durchsetzen, die auch im Ostirak rund um die heiligen Stätten der Schiiten (Nadschaf, Kerbala) die Positionen der Schia stärkten. Heute bilden die Schiiten die Mehrheit unter den Arabern Iraks, Bahrains und eine starke Minderheit im Libanon, Kuwait, Jemen und in Syrien.

Der Charakter des Islams als monarchischer, theokratischer Herrschaftsreligion, nach der Gott durch die von ihm inspirierten Monarchen (Kalifen, Imame, aus dem Clan der *Hâschim* abstammende, also haschemitische Könige) die Herrschaft ausüben soll, erschwert es bis heute, das gläubige Volk und schließlich das Volk als die Staatsbürger schlechthin (unter Einschluß von Anhängern anderen Glaubens und Atheisten) als legitimes Herrschaftssubjekt zu begreifen und außerdem eine Trennung zwischen „privater“ (bloß in der Gesellschaft von Glaubensanhängern praktizierter) Lebenssphäre und politisch-staatlicher Sphäre vorzunehmen. In ihr als einer von religiösen Normen freien Sphäre können das Volk bzw. seine von ihm gewählten Vertreter nach rationalen Erwägungen Rechtsnormen setzen, die von den unterschiedlichen Traditionen der religiösen Rechtsordnung (*Scharia*) abweichen können, auch wenn sie auf ihren Gerechtigkeitsgrundsätzen aufbauen. Aus der religiösen Begründung der Herrschaftsordnung für die Gemeinschaft (*umma*) der Gläubigen und ihrer Schutzbefohlenen folgt auch das Fehlen einer separaten „kirchlichen“ Organisation der islamischen Glaubensgemeinschaften. Das erklärt auch das bisherige Scheitern aller Versuche, das Amt eines Kalifen als eines bloßen geistlichen Oberhaupts aller Sunniten zu schaffen.

Eine populäre, kulturalistische Interpretation der Geschichte und Gegenwart der arabisch-islamischen Länder betont – in Übereinstimmung mit den starken fundamentalistischen gei-

stigen Strömungen unter den Moslems selbst – eine in der Religion selbst verankerte Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie. Wissenschaftliche Interpretationen dieser Geschichte und Gegenwart beobachten jedoch einen beträchtlichen historischen Wandel der religiösen, rechtlichen, politischen und sozialen Vorstellungen in der islamischen Geschichte und betonen die Interpretationsspielräume der Koran-Auslegung, die sich geistige und politische Autoritäten in der arabischen und islamischen Welt errungen haben und weiterhin in der Zukunft erringen könnten.<sup>14</sup> In dieser Sicht bestimmen nicht die religiösen Lehren an sich, sondern die sozioökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse die unterschiedliche Fähigkeit der Gesellschaft in den einzelnen Ländern, sich zu modernisieren und zu demokratisieren oder in autokratischen Staatsordnungen zu verharren. Modernisierung und Demokratisierung schließen dann auch einen erheblichen Wandel des religiösen Selbstverständnisses, vor allem eine Historisierung der Koranniederschrift und einzelner im Koran enthaltener Aussagen und Normen, die Entstehung von religiöser Toleranz und die Trennung von Religion (und religiösen Autoritäten) und Politik (Konstitution von staatlichen Entscheidungen) ein.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen Entwicklung in den arabischen Ländern sind die bisherigen Formen der autokratischen Säkularisierung und Enttheokratisierung der Herrschaft zu berücksichtigen. Eine erste Form der Enttheokratisierung kann man in der eigenständigen Bedeutung von Militärkassen in der Herrschaftsausübung sehen. Die Etablierung abbasidischer Kalifen in Kairo (1261-1517) ließ nur noch eine Scheinherrschaft der arabischen Nachfolger Mohammeds bestehen. Die tatsächliche Macht hatten bereits 1250 die militärischen Führer der Mamluken übernommen, die ursprünglich als türkische und dann auch als tscherkessische und andere Sklaven für den Heeresdienst eingesetzt und dann nach militärischen Verdiensten aus der Sklaverei entlassen worden waren und in hohe Ämter gelangen konnten. Sie begründeten im Grunde eine bis heute in Ägypten andauernde politische, soziale und auch ökonomische Herrschaft einer militärischen Kaste.

An dieser Realität änderte auch wenig, daß die türkischen Osmanen die Nachfolge des byzantinischen und dann auch des arabischen Reiches antraten. Sie dehnten ihr Reich vom Nordwesten Kleinasiens auf den fruchtbaren Halbmond und Nordafrika (mit Ausnahme Marokkos und des Innern der Arabischen Halbinsel) aus. Die Sultane übernahmen 1517 in Kairo zusätzlich das Amt des Kalifen, das bis dahin stets für Araber aus dem Stamm der Quraisch reserviert war. Sie hatten dieses Amt bis zu seiner Abschaffung durch die Republik Türkei 1924 inne. In Nordafrika wurde die osmanische Fremdherrschaft über die Araber im 19. und 20. Jahrhundert schrittweise von den christlichen Europäern (Franzosen, Briten, Spanier und Ita-

liener) abgelöst. Als Folge dessen hatte der antikoloniale Widerstand in Nordafrika oft auch religiöse Züge, während im verbliebenen Osmanischen Reich in Asien der arabische Widerstand sich eher säkularer kultureller, sei es panarabischer, sei es partikular-arabischer Argumente bediente.<sup>15</sup> Im Innern der Arabischen Halbinsel diente ein sich auf den arabischen Urislam berufender, bis heute wirksamer sunnitischer Fundamentalismus (begründet von Muhammad Ibn Abd al-Wahhab, 1703-1791) zur antiosmanischen als auch antiiranischen Legitimation der unabhängigen Monarchie der Saudis<sup>16</sup> im frühen 19. und dann erneut seit 1902 bzw. 1926/1932. Das orthodox-sunnitische und absolutistische Saudi-Arabien und andere Golfstaaten unterstützen finanziell im erheblichen Umfang fundamentalistische Strömungen in anderen Ländern, denen Liberalisierung und Demokratisierung ein westlicher Greuel sind.

Sieht man vom nicht kolonialisierten Kern Saudi-Arabiens ab, so lassen sich zwei Phasen der arabischen Staatsbildung im Dekolonisierungsprozeß unterscheiden. In Asien ermöglichte die Auflösung des Osmanischen Reichs neben der Entstehung des Königreichs (Nord-)Jemen 1918 nur noch eine britisch-französische koloniale Übergangsherrschaft. Sie verhinderte ein großarabisches Reiches, mußte aber die Etablierung mehrerer, zunächst abhängiger, dann souveräner partikularer Monarchien dulden: Irak (1921, 1930/32), Jordanien (1923, 1946) unter britischer und der Republiken Syrien und Libanon (beide 1941, 1946) unter französischer Ägide. Ägypten war bereits nach der Episode der Okkupation durch Napoleon Bonaparte unter dem osmanischen Pascha albanischer Herkunft Muhammad Ali weitgehend selbstständig. Er modernisierte, dehnte die Militärrherrschaft aus und arabisierte sie, woran auch die britische Oberherrschaft von 1882-1922/36 nichts änderte. Er begründete eine Dynastie (seit 1923 mit dem Königstitel), die von 1805-1952 herrschte und schließlich durch einen Militärputsch beseitigt wurde. In der Folge wechselten sich militärische Autokraten in der Herrschaft ab, die sie vorwiegend säkular, zunächst mit panarabischem, dann ägyptischen Nationalismus und sozial-populistisch legitimierten: Gamal Abdel Nasser (1952-1970), Anwar as-Sadat (1970-1981) und Husni Mubarak (1981-2011). Der Militärrat unter Mohammed Hussein Tantawi scheint gegenwärtig diese Tradition fortsetzen zu wollen.

Die sieben genannten arabischen Staaten gründeten im Frühjahr 1945 die Arabische Liga, die kurz darauf Krieg gegen den am 14. Mai ausgerufenen Staat Israel führte, der mit einer verlustreichen und demütigenden Niederlage der Araber endete. Im Dekolonisationsprozeß der 1950er bis 1970er Jahre entstanden die übrigen 14 arabischen Staaten. Damit verbunden fand in vielen der größeren Länder ein politischer Systemwechsel von der Monarchie zur weitgehend säkularen diktatorischen Republik statt, der vor allem durch Militärputsche mit national-

sozialer Motivation („arabischer Sozialismus“) erzwungen wurde, so außer in Ägypten 1952 auch im Irak 1958, Nordjemen 1962, Syrien 1963 und Libyen 1969. Das Militär putschte auch in den jungen Republiken Sudan (1958) und Algerien (1965). Die neuen Herren unterdrückten blutig die einheimischen Kommunisten, suchten aber zumindest zeitweise die außenpolitische Anlehnung an die Sowjetunion, die gegenwärtig im starken ökonomischen und militärischen Engagement Rußlands in Syrien noch ihren Nachhall hat. Nur im Südjemen setzte sich zeitweise ein marxistisch-leninistisches System durch, ohne die Gesellschaft im kommunistischen Sinne restrukturieren zu können.

Ansätze zu einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie gab es nur im Libanon und im Jemen, die jedoch rasch in langwierigen, äußerst blutigen Bürgerkriegen untergingen. Nirgends in der arabischen Welt entstand vor 2010 ein demokratisches Regime. In der Klassifikation der politischen Systeme des New Yorker Freedom House wurde im Jahre 2011 kein arabisches Land zu den freien Systemen gerechnet, lediglich Marokko, Tunesien, Libanon, Kuwait und Komoren zu den halbfreien und alle übrigen 17 Staaten zu den unfreien.<sup>17</sup>

Im Unterschied zur kemalistischen Militärkaste, die die Republik Türkei von 1923 bis Anfang des 21. Jahrhunderts politisch und auch ökonomisch beherrschte, haben die arabischen Militärregime kein klares Modernisierungs- und Säkularisierungskonzept entwickelt. Sie waren auch nicht bereit, wie die Kemalisten seit 1946 in vielen kleinen Schritten eine sicherlich bis heute noch un abgeschlossene Demokratisierung des Parteiensystems, eine Verbürgerlichung des Unternehmertums und eine allmähliche Einführung von Rechtsstaatlichkeit zuzulassen. Das trug mit der katastrophalen ökonomischen Situation Anfang 2011 zur Entstehung einer Revolte bei, in der religiöse Formen der nationalen Erneuerung eine herausragende Rolle spielen, die einerseits westliche Lebensformen aufnehmen, gleichzeitig aber auch nationales Selbstbewußtsein gegenüber dem Westen demonstrieren wollen.

In der arabischen Liga waren bis 2011 acht Monarchien (4 Königreiche, 1 Sultanat, 3 Emirate) und 14 Republiken (meist Präsidialrepubliken, 2 nominelle Sozialistische Volksrepubliken: Libyen, Syrien) verbündet. Drei der 22 Länder sind Föderationen (Komoren, Irak, VAE), bei den anderen handelt es sich nominell um stark zentralisierte Einheitsstaaten, wobei jedoch in manchen Stammes- und Klanstrukturen noch immer eine herausragende Rolle spielen, insbesondere in Jemen und Libyen. Unter den Monarchien gibt es substantielle Unterschiede. Saudi-Arabien ist noch immer eine absolutistische Monarchie, während in anderen Monarchien schon einige Schritte zur Konstitutionalisierung (etwa in Marokko und Jordanien) unternommen wurden, die von den Massendemonstrationen der letzten Monate um weitere Schritte

vorangetrieben wurden. Von einer bloß zeremoniellen, parlamentarisch-demokratischen Monarchie nach europäischem Muster kann in keinem einzigen Fall die Rede sein.

Als Beginn des arabischen Aufbruchs gelten die tagelangen Massenproteste und dann auch gewaltsamen Unruhen nach der Selbstverbrennung des jungen Gemüsestraßenhändlers Mohamed Bouazizi am 17.12.2010 in Sidi Bouzid in Tunesien, mit der er gegen behördliche Willkürmaßnahmen protestieren wollte. Die Unruhen zwangen den Präsidenten Zine el-Abidine Ali am 14.1.2011 zur Flucht ins Ausland, nachdem das Militär ihm Unterstützung bei der Unterdrückung der Massenbewegung versagt hatte. Nach weiteren Unruhen wurden für den 23.10.2011 Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung anberaumt, aus denen die gemäßigt-islamistische Ennahda-Bewegung mit 89 von 217 Abgeordneten als Sieger hervorging. 16 bis 29 Sitze erhielten vier weitere, meist säkulare Parteien.<sup>18</sup>

In Ägypten erzwangen tagelange Massendemonstrationen am 11.2.2011 den Rücktritt des Präsidenten Mubarak, mußten aber die Machtübernahme durch einen Militärrat und von ihm installierte Regierungen dulden. Dieser sah sich gezwungen, Parlamentswahlen in drei Etappen vom 28.11.2011 bis 10.1.2012 zu dulden, bei denen die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbruderschaft und ihre Verbündeten 45,7 % und die salafistische Partei des Lichts *Al-Nour* 24,6 % der Sitze erlangte. Zwei liberale Parteien erhielten nur 15 % der Sitze. Es wird weithin vermutet, daß der Konflikt zwischen Militärrat und Muslimbruderschaft zu einer faktischen Machtteilung führen könnte.<sup>19</sup>

Unruhen in Algerien wurden rasch erfolgreich unterdrückt, dasselbe geschah in Bahrain mit Hilfe saudischer Truppen, wo der Konflikt gegen das Regime einen interkonfessionellen Charakter zwischen schiitischer Bevölkerungsmehrheit und sunnitischer Herrscherfamilie erhielt.<sup>20</sup> Von den Ereignissen in Bahrain nahm die westliche Politik und Öffentlichkeit wenig Notiz, weil sie von einem Sieg der schiitischen Opposition eine Stärkung der internationalen Position Irans erwartet. Im Falle Algeriens dürfte im westlichen Gedächtnis noch immer die Angst vor einer radikal-islamischen Opposition wie der der Islamischen Heilsfront FIS in den 1990er Jahren vorherrschen, um die Kritik am autokratischen Regime nicht allzu laut werden zu lassen.<sup>21</sup> In Jordanien und Marokko konnten die Monarchen die gesellschaftliche Unzufriedenheit durch einen Austausch ihrer Regierungen und Reformversprechen entschärfen.<sup>22</sup> Im Jemen mußte zwar der langjährige Herrscher weichen, aber er konnte die fast einstimmige Wahl seines Stellvertreters Abed Rabbo Mansur Hadi am 25. 2. 2012 durchsetzen. Wenig spricht dafür, daß der Umbruch in den arabischen Ländern im Mai 2012 bereits abgeschlossen ist. In Ägypten und Libyen z. B. ist offen, welche politischen Kräfte obsiegen werden.

#### **4 Konstruktive und kontraproduktive westliche Intervention im arabischen Umbruch**

In den ersten Monaten der überwiegend gewaltlosen Proteste in den Großstädten mit liberalen, säkularen jugendlichen Wortführern im Fernsehen und im Internet hatten viele Beobachter keinen Zweifel an einer mächtigen demokratischen Bewegung wie vor über zwei Jahrzehnten in Osteuropa. Es wurde von einer fünften Welle der Demokratisierung nach der vierten in Osteuropa und der dritten in Lateinamerika gesprochen.<sup>23</sup> Die meisten westlichen Demokratien drangen auf die Einrichtung und militärische Durchsetzung einer Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen, die mit Resolution 1973 des VN-Sicherheitsrates mit zehn Stimmen bei fünf Enthaltungen (darunter Rußland, China und Deutschland) legitimiert wurde. Der Einsatz von Bodentruppen wurde explizit untersagt.<sup>24</sup> Im März, unmittelbar vor der Einnahme der Rebellenhochburg Bengasi durch die Truppen Gaddafis begannen französische Luftangriffe auf letztere. Über den Einsatz der internationalen Luftstreitkräfte und Marineeinheiten übernahm die NATO das Kommando. Nach der Eroberung von Tripolis und der Ermordung Gaddafis beendete die NATO Ende Oktober 2011 ihren Einsatz.<sup>25</sup>

Schon während der Intervention in den Bürgerkrieg in Libyen wurden Stimmen laut, auch in entsprechender Weise gegen die syrischen Regierungstruppen vorzugehen, die seit Februar 2011 Massaker unter der Zivilbevölkerung begehen und dadurch einen Bürgerkrieg in Gang setzten. Rußland, das dem Westen vorwirft, die Libyen-Resolution des VN-SRs zum Schutz der Zivilbevölkerung überinterpretiert und zum militärisch erzwungenen Regimewechsel genutzt zu haben, außerdem starke militärische und ökonomische Beziehungen zum Assad-Regime unterhält,<sup>26</sup> verhindert mit China eine erneute Ermächtigung des VN-SRs zur internationalen Intervention. Da das schiitisch-alawitische Assad-Regime in Syrien außerdem durch den Iran unterstützt wird, Syrien mehr als dreimal so viel Einwohner wie Libyen hat, die Bürgerkriegsparteien nicht regional getrennt sind und die Landschaft nicht so geeignet für Luftangriffe ist wie die libysche Wüste, wird die NATO es sicherlich nicht wagen, im Alleingang wie im Kosovo-Konflikt eine militärische Intervention in Syrien in Gang zu setzen.

#### **5 Unterstützung von arabischen Demokraten ohne Militärintervention**

Auch wenn vermutlich die strukturellen Veränderungen der politischen Systeme und der wirtschaftlichen Situation durch den „arabischen Frühling“ insgesamt sehr bescheiden bleiben und vielleicht nur in einigen Ländern wie Tunesien und Libyen bemerkenswerteres Ausmaß

unterhalb der Schwelle von substantieller Demokratisierung erreichen werden, so bleiben die Ereignisse mit Sicherheit tief im kollektiven Gedächtnis der Araber verankert wie in Europa die Revolution von 1848/49, die noch nach vielen Jahrzehnten den Übergang zur Demokratie in vielen Ländern inspirierte. Das kollektive Erleben eines Verlangens nach Menschenwürde und umfassender Freiheit in allen Lebensbereichen, Freiheit von Folter, Behördenwillkür, Korruption im Justizwesen, personaler und oligarchischer Autokratie, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not bleibt ein Stimulus gegen Gefühle der Ohnmacht, für gemeinsame Hoffnungen auf Besserung der Lebensverhältnisse durch politische Selbstbestimmung der Bürger.

Die immer wieder scheiternden Versuche des Westens, Menschenrechte und Demokratie auf Bomben und mit Maschinenpistolen exportieren zu wollen, im Irak, in Afghanistan und jüngst in Libyen, sollten eingestellt werden. Das hat zweifellos die Konsequenz, daß Regime wie die von Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi, Kim Jong-un, Mahmud Ahmadinedschad und Baschar al-Assad länger existieren, als im Falle einer erfolgreichen militärischen Intervention mit oder ohne Mandat des VN-Sicherheitsrates. Die Welt müßte dann von Zeit zu Zeit mit ansehen, wie solche autokratische Regime Massaker an der eigenen Bevölkerung und andere Untaten verüben, wie sie ohnehin tut und tun muß, wenn solche Regime entweder selbst militärisch und ökonomisch mächtig sind oder mächtige Bündnispartner in der internationalen Politik besitzen, undemokratische östliche und oft auch demokratische westliche.

Militärische Untätigkeit muß jedoch nicht politische und zivile Untätigkeit bedeuten. Kein Staat und keine Gesellschaft existiert heute mehr isoliert, unabhängig von vielfältigen unbeabsichtigten und auch beabsichtigten ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Einflüssen oder Einmischungen bzw. „Interventionen“. Wir alle finanzieren beispielsweise mit jeder Tankfüllung nicht nur die Produktion von Benzin, die Gewinne der Erdölkonzerne und die Steuersäckel unserer Staaten, sondern beteiligen uns auch an der umfangreichen islamistischen Schulung und Indoktrination in vielen Ländern mittels saudiarabischer, iranischer und sonstiger Hilfgelder. Viele unter uns finanzieren mit ihrem Drogenkonsum solche autokratische Regime mit, die stark von der Drogenproduktion und vom Drogenhandel abhängen.

Es ist vernunftgeboten, den zahlreichen internationalen autokratieförderlichen Einwirkungen auf andere Länder, auch auf solche, die wie Saudi-Arabien mit dem Westen außenpolitisch und außenwirtschaftlich eng verbündet sind, humanitäre, menschenrechtsförderliche und demokratische Einflüsse mit ökonomischen und politischen Mitteln entgegenzusetzen. Das kann mittels starken Anreizen und vorsichtigen Sanktionen, und zwar sowohl von Regierungen wie auch von zivilen Organisationen, komplementär oder auch im Widerspruch zu diplomatisch

und außenwirtschaftlich gebotener Zurückhaltung von Regierungspolitik geschehen. Die zahllosen Instrumente, die hierfür zur Verfügung stehen, seien hier nur schlagwortartig aufgeführt: Verfassungsberatung, Bereitstellung von administrativen Experten, finanzielle und logistische Unterstützung von demokratischen Parteien, Förderung der Erwachsenenbildung, Jugendaustausch und Ausbildungs- und Stipendienprogramme für den Aufenthalt von jungen Arabern im Westen, Unterstützung der demokratischen Information in Medien aller Art (wie seinerzeit beim Regimewechsel in Osteuropa), Unterstützung von politischen wie auch unpolitischen, sozialen Organisationen der arabischen Bürger, die für Menschenrechte, gerechtere soziale Verhältnisse und Demokratie eintreten. Zivile Interventionspolitik ist notwendig langfristig angelegt, bedarf eines langen Atems und kann nicht rasche Erfolge erwirken.

## **6 Bescheidene Ansätze der Demokratisierung**

Volkswille ist nicht automatisch demokratischer Wille. Volkswille kann auch illiberale, menschenrechtswidrige, undemokratische Politik und sogar über längere Zeit bestehende autokratische politische Systeme hervorbringen. Zumindest zeitweilig mehrheitsgestützte Diktaturen können schrecklicher sein als Minderheitsdiktaturen. Volksaufstände, die unter Umständen durch die Tapferkeit, den Einsatz und die Opferbereitschaft zahlreicher Bürger zunächst zu faszinieren vermögen, können verhaßte, alt und unflexibel gewordene Diktatoren durch zunächst umjubelte Erlöser-Diktatoren ablösen, deren Herrschaft manchmal schrecklicher und blutiger wird als die des Vorläufer-Diktators. Der Wechsel von Schah Mohammad Reza Pahlavi zu Ruholla Musavi Chomeini im Iran im Jahre 1979 ist ein Beispiel hierfür.

Im arabischen Frühling mußte die alte Garde der säkularen Autokraten und ihrer Erben aus der Zeit der antikolonialen, nationalen Staatesbildung in den 1950er und 1960er Jahre abtreten, nachdem Saddam Hussein (1979-2003) bereits durch internationale Intervention gestürzt worden war: Zine el-Abidini Ben Alis (seit 1987), Husni Mubarak (seit 1981), Muammar al-Gaddafi (seit 1969), Ali Abdullah Saleh (seit 1978). Umar Hasan Ahmad al-Baschir (seit 1989 im Sudan) und der noch junge Baschar al-Assad (geb. 1965) in der Nachfolge seines Vaters Hafiz al-Assad (1971-2000) können sich zur Zeit noch an der Macht halten. Algerien scheint unter Abd al-Aziz Bouteflika (seit 1999) durch die Bürgerkriege der jüngsten Vergangenheit ziemlich gelähmt, in denen der Westen kein Interesse an Demokratisierung zeigte, weil sie den radikal-islamistischen *Front islamique du salut*, FIS, an die Macht gebracht hätte. Die Monarchen der arabischen Halbinsel konnten infolge des Erdölreichtums die politische



Unzufriedenheit durch sozialökonomische Sonderleistungen auffangen, während die Könige in Jordanien und Marokko durch den Austausch ihrer Regierungen und durch Reformversprechen politische Flexibilität bewiesen; sie werden außerdem durch die religiöse Loyalität großer Teile der Bevölkerung gegenüber den haschemitischen Dynastien stabilisiert.

Es ist noch völlig unklar, ob aus dem arabischen Frühling nicht noch einige junge, unverbrauchte Diktatoren mit neuer, vermutlich stark religiös begründeter Ideologie hervorgehen werden. Wahrscheinlicher ist wohl die folgende Entwicklung: die Abhaltung von relativ freien, kompetitiven Wahlen bringt wohl in keinem Land die jungen, säkularen, gebildeten politischen Kräfte, die den Diktatorensturz in die Wege leiteten, sondern religiös-konservative bis religiös-restaurative Kräfte an die Macht, die entsprechend dem Mehrheitswillen der Bevölkerung gesellschaftspolitisch regressive, liberale Freiheiten beschneidende und die Emanzipation der Frauen zum Teil revidierende Parteien an die Macht bringen werden, zum Teil durch einen politischen Kompromiß mit der traditionellen, in ihrer gesellschaftlichen Position kaum erschütterten (außer vielleicht in Libyen) Militäreliten. In diesem Falle werden manche Modernisierungen durch die säkularen Militärdiktaturen der vergangenen Jahrzehnte wieder beseitigt. Elektorale Demokratisierung birgt immer das Risiko der gesellschaftspolitischen Regression und des verfestigten Konservatismus, wie die jüngste Geschichte der Türkei demonstriert. Völlig unklar ist noch, ob die neuen Regime in den arabischen Ländern in der Lage sein werden, wirtschaftlichen Aufschwung durch eine sozial gerechtere Verteilung des Reichtums, vor allem aus den Erdöl- und Gasquellen in einigen Ländern, zu erzeugen. Nicht zuletzt davon wird es auch abhängen, ob die Wahlsieger ihre Parteien nach ein bis zwei Wahlperioden zu faktischen Einparteienautokratien (nach dem Vorbild Rußlands und ihrer eigenen Geschichte nach der staatlichen Unabhängigkeit) umwandeln, also die Oppositionsparteien und die Medienfreiheiten drastisch einschränken werden, oder ob sich Verfassungssysteme konsolidieren werden, die es heute noch in der gesellschaftlichen Minderheit befindlichen demokratischen Parteien in vielen Jahren oder Jahrzehnten erlauben werden, auf gewaltlose Weise Regierungsmacht zu erringen. Hierzu kann der langfristig unaufhaltsame Prozeß der Aufklärung in (inter)nationalen Bildungsanstalten und internationalisierten Medien entscheidend beitragen. Er wird nicht nur partiell zu einem Bedeutungsverlust von Religion für das gesellschaftliche Leben beitragen, sondern kann vor allem auch islamische Organisationen und Geistliche fundamental ändern. Wir sollten nicht vergessen, daß christliche Kirchen jahrhundertlang Bollwerke von Monarchien, dann auch von Diktaturen und sogar Faschismen waren, ehe sie sich zu konservativ-demokratischen Kräften wandelten.

---

## Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Kramer, Martin 1996: *Ambition, Arabism and George Antonius*, in: ders. (Hg.): *Arab Awakening and Islamic Revival: The Politics of Ideas in the Middle East*, New Brunswick, S. 112-23, auch in: <http://www.geocities.com/martinkramerorg/Ambition.htm>.
- <sup>2</sup> „Révolution du jasmin“: une expression qui ne fait pas l’unanimité, in: *Le Monde* vom 17.1.2011, [http://www.lemonde.fr/afrique/article/2011/01/17/revolution-du-jasmin-une-expression-qui-ne-fait-pas-l-unanimite\\_1466871\\_3212.html](http://www.lemonde.fr/afrique/article/2011/01/17/revolution-du-jasmin-une-expression-qui-ne-fait-pas-l-unanimite_1466871_3212.html).
- <sup>3</sup> Zahlen berechnet nach: *Der neue Fischer Weltalmanach 2012*, Frankfurt 2011, S. 532-537.
- <sup>4</sup> Halm, Heinz 2006: *Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart*, S. 7.
- <sup>5</sup> Zahlen berechnet nach: *Der Fischer Weltalmanach 1990*, Frankfurt 1989.
- <sup>6</sup> Schmitz, Andrea/ Wolters 2012 *Alexander: Politischer Protest in Zentralasien*, SWP-Studie S4, S. 7-9.
- <sup>7</sup> Peroz, Nazir 2011: *Digitale Revolution? Soziale Netzwerke in Nordafrika*, in: *Wissenschaft und Frieden*, Heft 4, S. 31.
- <sup>8</sup> Rosiny, Stephan 2012: *Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime*, in: *Giga Focus* 2, S. 5, [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_nahost\\_1202.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1202.pdf)
- <sup>9</sup> Halm, Heinz 2006: *Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart*, München, S. 26-58.
- <sup>10</sup> Kreile, Renate: „Im Schatten der Brüder?“. *Frauenbewegungen im Post-Mubarak-Ägypten*, in: *Ruf, Werner u. a. 2011: „Arabellion“*, in: *Wissenschaft und Frieden* 29 (4/2011), 15.18.
- <sup>11</sup> Rosiny, Stephan 2011: *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken, Perspektiven*, in: *GIGA Focus Nahost* 12, S. 1-7, [www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost); Plattner, Marc u. a. 2012: *Comparing the Arab Revolts*, in: *Journal of Democracy* 22, Heft 4, S. 5-55.
- <sup>12</sup> Tibi, Bassam 1991: *Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus*, Frankfurt.
- <sup>13</sup> Gellner, Ernest 1992: *Der Islam als Gesellschaftsordnung*, München.
- <sup>14</sup> Siehe Beispiele hierfür bei Krämer, Gudrun 2011: *Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt*, München, S. 38-59, 175-192.
- <sup>15</sup> Tibi, Bassam 1991: *Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus*, Frankfurt, S. XXXI.
- <sup>16</sup> Ebenda, S. 79 f.
- <sup>17</sup> <http://www.freedomhouse.org/regions>, Abruf am 22.2.2012.
- <sup>18</sup> Mattes, Hanspeter/ Faath, Sigrid 2011: *Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost*, in: *GIGA Focus Nahost* 1/2011, S. 1-8, [www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost); El Ouazghari, Karima 2011: *Die arabische Region im Umbruch. Zur Rolle islamistischer Oppositionsbewegungen in Jordanien, Ägypten und Tunesien*, in: *HSPK-Standpunkte* 3/2011.
- <sup>19</sup> Büchs, Annette 2012: *Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbruderschaft und der Salafisten*, in: *GIGA Focus Nahost* 1, [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_nahost\\_1201.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1201.pdf); Hellyer, H. A. 2011: *The chance for change in the Arab world: Egypt’s uprising*, in: *International Affairs* 87, Heft 6, S. 1313-1320.
- <sup>20</sup> *Ausnahmezustand in Bahrain aufgehoben*, in: *NZZ Online* vom 1. Juni 2011, [http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/ausnahmezustand\\_in\\_bahrain\\_aufgehoben\\_1.10782219.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/ausnahmezustand_in_bahrain_aufgehoben_1.10782219.html)
- <sup>21</sup> Ruf, Werner 2012: *Maghrebinische Ungleichzeitigkeiten. Ein Jahr nach dem Aufstand*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57, Heft 2, S. 95-100.
- <sup>22</sup> Grünwald, Sophie 2012: *Was nach dem Arabischen Frühling kommt. Islamistische Parteien in Marokko, Ägypten und Tunesien*, in: *WZB Mitteilungen* Heft 135, März, S. 42-45.
- <sup>23</sup> Kenan Engin, *Die fünfte Welle der Demokratisierung im islamisch-arabischen Raum?*, in: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=1994>.
- <sup>24</sup> <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10200.doc.htm>; deutsch in: [http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_11/sr1973.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1973.pdf).
- <sup>25</sup> Bellamy, Alex J. u.a. 2011: *Libya, RtoP, and Humanitarian Intervention*, in: *Ethics and International Affairs* 25, Heft 3, S. 251-292.
- <sup>26</sup> Klein, Margarete 2012: *Russland und der arabische Frühling*, SWP-Aktuell 4, S. 4.